

tschen Reichskanzler aufstehen geben kann, weil ein solcher gerade den Zustand befestigen würde, der vermieden werden muß, nämlich die Vorderrückung der Sozialdemokratie in der Reichsregierung. Dem jetzigen Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber aber ergibt sich die absehbende Dautung der Volkspartei mit unabweislicher Notwendigkeit aus der von ihr vertretenen richtigen Auffassung, daß es nach der Teilung Oberschlesiens nur noch eine bedingte Erfüllung für uns gibt und daß die bisherige Reichskanzler der unbedingten Erfüllung des Londoner Ultimatus sich nicht ploßlich umzudrehen und vertrauenswürdigem Verschieber des gegenteiligen Standpunktes umfrempern kann. Daß es überhaupt mit der bisherigen Formel der Erfüllung nicht weiter gehen könnte, auch im Falle einer günstigen Entscheidung über Oberschlesien, ergibt ganz klar und unabweisbar aus den astronomischen Zahlen, die sich bei der Verwandlung der 192 Milliarden Goldmark des Ultimatus in Papiermark ergeben. Nimm man den Kurs zur Zeit des Waffensstillstandes, so wäre damals diese Summe gleich 250 Milliarden Papiermark gewesen. Im September dieses Jahres war der Betrag bereits auf 400 Milliarden angewachsen und nach dem augenblicklichen Stande der Valuta würde eine demische Schuld von ungefähr 600 Milliarden herauskommen. Bei derartigen Zahlen, denen die Vorderrückung nicht mehr zu folgen vermag, ist eine Befriedung der deutschen Forderungen völlig ausgeschlossen, und es muß daher auf jeden Fall mit der Erfüllung der Erfüllungsmöglichkeit auf solcher Grundlage abgebrochen werden. Im englischen Parlament ist der Abgeordnete Kennwort, ein zweites Kennwort, bereits mit dem Beispiel nach dieser Richtung vorangeschritten, indem er den Antrag eingebracht hat, das Haus solle seiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Deutschland auferlegten Reparationszahlungen für den Weltbund nachteilig seien und daß die Zeit für eine Befriedung des Versailler Vertrages gekommen sei. Es wäre doch wirklich der Gipfel der Schamlosigkeit, wenn wir nun nicht alles tun wollten, um die Aktion Kennwort zu unterstützen. Dazu aber ist eine neue Regierung erforderlich, die das Prinzip der bedingten Erfüllung zu einem leitenden Programmpunkte macht.

Es scheint, als ob in letzter Stunde das Zentrum und die Demokraten sich doch noch zu dem Entschluß antraufen wollten, sich nicht von der Sozialdemokratie ins Schlepptau nehmen zu lassen und gegen das Kabinett Brüning, das sich während der sozialdemokratischen Wucht erhebt, endlich die Front zu machen. Wenn dem so ist, wird auch die Hoffnung der Sozialdemokratie zu Wasser, daß es ihr gelingen könnte, durch Abwälzung der Entscheidung auf den Reichstag die Regierung Brüning zu halten. Ein Vertrauensvotum für Dr. Brüning dürfte doch nur mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten zustande kommen, und wenn diese beiden Parteien sich weigern, der Sozialdemokratie Gefolgschaft zu leisten, so ist der ganze Plan hinfällig. Was könnte auch ein vom Reichstag unter solchen Umständen herangebrachtes Vertrauensvotum für eine Wirkung haben? Den Hebern und Mächtigsten der Vergangenheit könnte dadurch ein Verstoß wegen allerdings Absoluten erteilt und Dr. Brüning ein Verbleiben für die nächste Zukunft ausgesagt werden. In der gegenwärtigen kritischen Lage, in der sich Deutschland befindet, kommt es aber doch nicht bloß auf die parlamentarische Form an, sondern auf den Geist, der sie befeuert, und wenn jetzt Dr. Brüning mit Hilfe der Sozialdemokratie und ihrer bürgerlichen Koalitions-Disziplinen tatsächlich eine ihn stützende Kundgebung des Reichstages erzielen sollte, so würde darin nie und nimmer der Geist eines allgemeinen nationalen Vertrauens leben, der allein die weitere Tatkraft des jetzigen Reichskanzlers für das öffentliche Wohl erquicklich und fruchtbar machen könnte. Der Sozialdemokratie scheint es am liebsten zu sein, wenn der Reichstag nicht bloß Dr. Brüning am Ruder belasse, sondern sich auch mit der Genfer Entscheidung abschweigend einverstanden erkläre; ein Protekt sei in der Sache nicht, die in einer sozialdemokratischen Präsenzerklärung. Soweit eine derartige Absicht überhaupt besteht, muß sie von bürgerlicher Seite selbstverständlich gründlich durchkreuzt werden. Was das berechtigte nationale Empfinden vom Reichstag erwarten darf und muß, ist ein stammender, in der Form ebenso würdevoll wie sachlich fernhaltender Protekt gegen das Genfer Unrecht, dessen Unvereinbarkeit mit dem Abkommensergebnis und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des oberdeutschen Industriegebietes klar und unerbittlich herausgestellt werden muß. Es ist unbedingt nötig, daß die bürgerlichen Parteien sich über eine gemeinsame Entscheidung auf solcher Grundlage verständigen, um so wenigstens einigermaßen den schlechten Eindruck wieder gut zu machen, den der parteipolitische Wirrwarr der letzten Tage im Auslande hervorgerufen hat. In der französischen Kammer hat ein Abgeordneter bei der Besprechung der von Briand in St. Nazaire gehaltenen Rede zu sagen gewagt: „Ich liebe die deutschen Republikaner und Sozialisten sehr, weil ich Deutschland die Welt an den Hals wünsche“. Dieses freize Wort müßte für den Reichstag ein Kuppeln sein, ohne Unterscheid der Partei durch eine geschlossene Abstimmungsgegenüber der Genfer Entscheidung zu beweisen, daß nach ein feiter nationaler Wille im deutschen Volke lebt, den keine Gewalt beugen kann.

Polnische Vorbereitungen für die Besitzergreifung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Oppeln, 20. Oktober. Das polnische Wahlkommissionenkommissariat und Auktionsamt sind, wird gegenwärtig von der Post geräumt. Das noch vorhandene Material wird zusammen mit den noch dort lagernden Waffen und Munitionsvorräten auf französische Fahrzeuge verladen und nach Kattowitz geschafft, wo sich Korzant in der Deutschen Hause niederlassen gedenkt. Mit der Übernahme der oberdeutschen Kreise durch Polen soll Korzant zum Generalgouverneur für Oberschlesien ernannt werden, während man General Duffer den Polken des Militärverwaltungsgebietes geben will. Beide werden sich beim Finanzminister in Oberschlesien in besten Beziehungen befinden. In einigen polnisch werdenden Kreisen zeigen sich die Polen bereits von ihrer lebenswichtigen Seite. Deutsche Bewohner erblickten Drohbrieft, in denen ihnen die Gefahr angedroht wird für den Augenblick, in dem die polnische Armee einrücken würde. An die deutschen Beamtenorganisationen haben die von der polnischen Regierung in Zdanowice übernommen Stellen die Aufforderung gerichtet, sich der polnischen Regierung zur Verfügung zu stellen und in polnischen Dienst zu treten. Den Beamten wird besonders auf die Verhältnisse und die Aussicht auf höhere Dienststellung in der deutsch-polnischen Verwaltung verwiesen, jedoch wird die Beherrschung der polnischen Sprache zur Bedingung gemacht. Auch in religiöser Hinsicht soll der polnisch werdende Teil Oberschlesiens eine Veränderung erfahren. Er soll ein besonderes polnisches Bistum bilden. Die des Bistums soll Kattowitz sein. Das Bistum soll dem Erzbischof Krakau oder Posen angeteilt werden, die dann auch den Bischof stellen würden. Die an Deutschland fallenden Teile Oberschlesiens sollen, soweit bis heute feindlich, dem Wehrkommando 3 unterstellt und durch Truppen der in Brandenburg und Schlesien liegenden 8. Division besetzt werden.

Keine Besserung der polnischen Finanzlage.

Rotterdam, 22. Okt. Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Paris, daß die Zurechtweisung der großen Gebiete Oberschlesiens an Polen den Tiefstand der polnischen Wirt an der Pariser Börse fast unverändert gelassen habe. Das lasse auf eine reservierten Beurteilung der polnischen Finanzlage schließen.
Rotterdam, 22. Okt. Der Oppelner Korrespondent der „Times“ meldet, daß entgegen den klaren Verträgebestimmungen bereits vor der Zuteilung der Grenzgebiete polnische Beamte in Königsbrunn und Kattowitz eingesetzt seien und in ihren amtlichen Funktionen von den Besatzungstruppen nicht abgetrennt wurden.



Die Entscheidung über Oberschlesien.
Die wirtschaftlichen Verluste Deutschlands.

Berlin, 22. Okt. Von der amtlichen Seite wird folgende Darstellung der deutschen Verluste in Oberschlesien gegeben. Im Jahre 1918 wurden in Oberschlesien 48,8 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Reut man diese Mengen auch jetzt zugrunde, so erhält durch diese Teilung Polen 31 785 219 Tonnen, wogegen nur 8 740 888 Tonnen bei Deutschland verbleiben. Da die Vorkriegsproduktion noch nicht endgültig feststeht, verbleiben von der Kohlenförderung von 1913 noch 2644 200 Tonnen, über die noch nicht entschieden werden kann. Im April 1921 wurden in Oberschlesien 2 922 590 Tonnen gefördert. Von dieser Förderung fallen nach der Genfer Entscheidung künftig 2 197 884 Tonnen an Polen, während 688 000 Tonnen bei Deutschland verbleiben und der Verlust von 78 455 Tonnen noch unentschieden ist. Das Kohlenvorkommen in Oberschlesien bis zu einer Tiefe von 1300 Meter beträgt 112 1/2 Milliarden Tonnen, davon allein in Pösch und Kattowitz 91,87 Milliarden. Im Zentralrevier selbst, das zu 1/2 an Polen fällt, wird das Vorkommen an Kohle auf 31,18 Milliarden Tonnen geschätzt, so daß also von dem oberdeutschen Kohlenvorkommen ungefähr 3-5 1/2 Milliarden Tonnen in deutschem Besitz bleiben. An Hüttenwerken sind im Jahre 1913 in Oberschlesien 521 000 Tonnen, also 78,3 Prozent der deutschen Gesamtproduktion, gefördert worden. Die Förderung an Hüttenwerken betrug 52 600 Tonnen, oder 47,7 Prozent der deutschen Gesamtproduktion. Die Zink- und Bleiarbeiten verliert Deutschland restlos, somit also 1/4 der Anproduktion und etwa die Hälfte der Bleierförderung.

Die deutschen Proteste in Genf.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Okt. Gegenüber der Behauptung, sämtliche deutschen Proteste in Genf seien uneröffnet in den Papierkorb geworfen worden, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß sämtliche Proteste vom Sekretariat des Völkerbundes nicht nur entgegengenommen worden seien, sondern daß den Mitgliedern auch eine Empfangsbescheinigung ausgestellt sei.

Die englische Presse zum Völkervertrag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
London, 22. Okt. Nach Zusammenfassung der Pressestimmen ist festzustellen, daß nach Kenntnis der Details der wirtschaftlichen Vorzüge die bessere Meinung der Aufassung annehme, daß, wie „Manchester Guardian“ sagt, im Grunde genommen für die nächsten 15 Jahre in Oberschlesien praktisch in wichtiger Beziehung die Verhältnisse unverändert bleiben, wenn das Genfer Abkommen funktioniert. Bemerkenswert ist, daß auch offizielle Stellen die bisher von der Zeitung unbefriedigt waren, gewisse gute Seiten darin sehen wollen und sich darauf konzentrieren, das Beste daraus zu machen. In diesem Sinne kommt der Tatsache, daß London die Behandlung der territorialen und ökonomischen Entscheidung als Entscheidend durch die noch aufzufassende beachtenswertere Arbeit beträchtliche Bedeutung zu. Andere, wie „Morning Post“, meinen geradezu, daß Deutschland nunmehr ermbachtet werde, die französische Politik bezüglich Polens dadurch unschädlich zu machen, daß es im nächsten Jahrzehnt durch Erlangung der wirtschaftlichen Vorderrückung in Ru-polen dieses an Deutschland selbst. Solche Vertreter, die die Schwere der Kooperation gewaltig unterschätzen, verweisen darauf, daß nunmehr die realen Interessen zwischen Deutschland und Polen stark gewachsen sind.

Die Zwangsmassnahmen bei „Wider-spenstigkeit“ in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 22. Okt. Der „Temps“ will wissen, daß die in dem Beschlusse angeführten Sanktionen für den Fall der Widerpenstigkeit gegen die Beschlüsse des Obersten Rates darin bestehen werden, daß der Staat, der seinen guten Willen beweisen, alle die Rechte erhalten werde, die ihm ausgerechneten Gebiete in Besitz zu nehmen, während das Gebiet des widerpenstigen Staates weiterhin von den alliierten Okkupationsstreuppen besetzt bleiben würde.

Einigung in gemeinsamer Not.

Kattowitz, 22. Okt. Wie hier verlautet, sind in den nach dem Spruch des Völkerbundesrates an Polen fallenden Gebieten Schritte unternommen worden, um die deutschen Parteien von den Deutschenationalen bis zu den Sozialdemokraten zu vereinigen. Die zu gründende große deutsche Partei soll den Namen „Schlesische Volkspartei“ führen. (D.)

Die Massensucht der Deutschen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Dresdn, 22. Okt. Aus Oppeln wird gemeldet: Hier sind seit Montag 8000 deutsche Familien aus dem an Polen abzutretenden Gebiet als Flüchtlinge eingetroffen. Immer neue Flüchtlinge deutscher Nation treffen mit den Hagen aus Oberschlesien ein und fürcht vor dem polnischen Terror nach Übergabe der Grenzgebiete.

Lord Georges Reise nach Washington.

London, 21. Oktober. „Press Association“ zufolge wird Lord George am 3. November auf dem Cunard-Dampfer „Mauretia“ nach Washington abfahren.
London, 22. Okt. Der englische Delegierte auf der Washingtoner Konferenz, Admiral Beatty, ist gestern um 11.20 Uhr in Keimort eingetroffen, wo er von einer ungeheuren Menschenmenge begeistert begrüßt wurde.

Ein englischer Kreuzer in Vissalon.

London, 22. Okt. Die Londoner Admiraltät erteilte dem Kriegsschiff „Calypso“ den Befehl, sich sofort nach Vissalon zu begeben, um dort Leben und Eigentum der Engländer in der Stadt zu schützen. Das Schiff wird am Sonnabend in Vissalon eintreffen.

Der erste Fall vor dem Reichsschiedsgericht über Beamtenbesoldung.

Die Zulässigkeit des Reichsschiedsgerichts.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Weipzig, 22. Okt. Zum ersten Male trat heute im Reichsschiedsgericht das Reichsschiedsgericht zusammen, das bestauntlich auf Grund des gleichzeitig mit dem Reichsbesoldungsgesetz am 21. Dezember v. J. erlassenen Reichsschiedsgerichtsgesetzes ins Leben gerufen worden ist, und zwar zum Zwecke der einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung im Reich, den Ländern und den Gemeinden. Nach dem genannten Gesetz sind die Länder verpflichtet, ihre Beamten nicht günstiger zu stellen, als die gleichzeitig zu bewertenden Reichsbeamten nach der Reichsbesoldungsordnung stehen würden. Jedes Landesgesetz über Beamtenbesoldung unterliegt deshalb der Genehmigung durch den Reichsfinanzminister. Beanstandet dieser die Besoldungsordnung der einzelnen Länder usw. in einzelnen Punkten, dann ist jede der Parteien berechtigt, einen Erledigung der strittigen Fragen das Reichsschiedsgericht anrufen. Dieses setzt sich zusammen aus drei Vertretern des Reichsgerichts (Zenspräsident Reym, der den Vorsitz führt, Dr. Romeist und Dr. Mansfeld), zwei vom Finanzminister zu ernennenden Beamten (Vize-Regierungsrat Kühnemann und Geh. Regierungsrat v. Dagenow) und zwei Vertretern des betreffenden Landes. Die Entscheidung des Reichsschiedsgerichtes ist bindend für die Gesetzgebung der Länder in der Besoldungsordnung.

Der Fall des Landes Lippe ist der erste, der zur Verhandlung kommt. In diesem Falle hat der Reichsfinanzminister die Entscheidung des Reichsschiedsgerichtes anzufragen. Der Reichsfinanzminister hat gegen fast alle Besoldungsordnungen der Länder Einspruch erhoben und voraussichtlich werden diese ausnahmslos der Entscheidung des Reichsschiedsgerichtshofes unterworfen. Deshalb ist die erste Verhandlung über den Fall Lippe von grundlegender Bedeutung. Lippe wird vertreten vom Landespräsidenten Neumann-Hofer und dem Geh. Regierungsrat Klier, der zugleich einer der Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes ist. In der heutigen Verhandlung hand einleitend die Frage der verfassungsmäßigen Zulässigkeit des Reichsschiedsgerichtes zur Beratung. Der Gerichtshof entschied, daß über die Zulässigkeit kein Zweifel bestehen könne. Der Gerichtshof ist ferner der Ansicht, daß die Frage, wie weit der Einspruch des Reichsfinanzministers zu geben habe, ob er die Besoldungsgesetze nur in ihren Grundrissen oder auch in ihren Einzelheiten anfechten kann, nicht prinzipiell zu entscheiden, sondern von Fall zu Fall zu prüfen sei.

Journalistische Sachverständige im Besoldungsausschuh für Zeitungsverbote.

Berlin, 22. Okt. Wie unterrichtete Stellen mitteilen, hat sich der Reichsausschuh, der als Besoldungsausschuh für Zeitungsverbote auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten eingesetzt worden ist, mit der Einsetzung von journalistischen Sachverständigen einverstanden erklärt. Ein solcher Wunsch war von den Pressevertretern geäußert und vom Reichsminister des Innern befristet worden.

Die Offizier-Verbände gegen die Uniformvorschriften.

An den Reichspräsidenten und den Reichskanzler wurde folgender Protest gesandt:
„Die unterzeichneten Offizier- und Soldatenverbände legen Beschwerde ein gegen die vom Reichskanzler unter dem B. d. R. erlassenen Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über das Tragen der Militäruniform der mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedeten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht. Insbesondere haben sie mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß unseren Mitgliedern das Tragen der Uniform nicht einmal zu Feiern erlaubt sein soll, die der Erinnerung großer Waffen- und Heldentaten aus dem Weltkrieg geweiht, aber zu unserem Schmerze noch nicht als nationale Gedenkstätte festgelegt worden sind. Ist dies das Zeichen des Dankes gegen die alten Kriegsgenossen, welchen die Reichsregierung ihnen wiederholt ausgestellt hat? Wir erklären hierdurch, daß wir das Uniformverbot überhaupt als rechtsmäßig ansehen und als eine Verletzung der uns seinerzeit nach dem Umsturz im Jahre 1918 durch die Revolutionsregierung und durch die Verfassung ausdrücklich verbrieften Rechte. Wenn wir den getroffenen Anordnungen Rechnung tragen, so fügen wir uns damit der Gewalt. Wir werden aber den Kampf gegen diese Bestimmungen, die sich als eine Ausnahmeverordnung darstellen, mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln niemals aufgeben und nicht eher ruhen, bis diese Verordnung wieder aufgehoben sein wird.
Nationalverband Deutscher Offiziere, Deutscher Offizierbund, Verband national gekannter Soldaten, Reichsoffizierbund 1920 (Ordnungsgruppe Groß-Berlin).“

Was Deutschland alles bezahlen soll.

Einschränkung der Ausgaben für Familien und den Lutz der Besatzungstruppen?
(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 22. Okt. Ueber die geistigen Beratungen der Kommission zur Bekämpfung der Besatzungskosten erklärt die „Chicago Tribune“, daß sich die englischen Vertreter dagegen wandten, daß nicht nur große Ausgaben für die Besatzungstruppen selbst, sondern auch für deren Anhang gemacht werden müßten. Deutschland seien sogar Rechnungen für Lutzsubsidien, Kinderzahlmazz, Tauschfälle usw. vorgelegt worden. Die amerikanischen, französischen und belgischen Vertreter müßten ausgehen, daß auch in ihrem Abschnitt dieselben Zustände herrschen, und es sei eine wahre Ueberflutung durch Frauen und Kinder eingetreten, und Deutschland bezahle sich mit Recht darüber, daß es für die Einquartierung der Soldaten zu zahlen habe, daß es aber unangebracht sei, für Vergnügungen solche Kosten aufzuwenden. Die Mitglieder der Konferenz waren sich darüber einig, daß alles, was Deutschland für diesen Lutz zahlen müßte, dem Reparationsfonds entzogen würde. Man beschloß, die alliierten Armeen zu warnen, die Zahl der Menschen, die mit den Besatzungstruppen nichts zu tun haben, zu vergrößern. Es wurden strenge Maßregeln angekündigt, falls dieser Warnung nicht entsprochen wird. Der amerikanische Armee wurde das Zeugnis ausgestellt, daß die Zustände in ihrem Abschnitt nicht so arg seien, wie in den anderen. Erst kürzlich sei eine Anzahl verheirateter Soldaten aus Koblenz nach Hause gesandt worden.

Englische Krise als Folge des de Valera-Telegramms.

London, 22. Okt. Die Wähler des Valera sind weiter mit der durch das Telegramm des Valera an den Papst geschaffenen Krise in den Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Unionisten. Laut „Daily Chronicle“ kann eine allgemeine politische Krise die Folge sein. Die Minister haben erklärt über die Lage des Valera. Lord George hält die Fortsetzung der triftigen Konferenz für unmöglich, wenn die Valera-Ankündigung von der irischen Regierung geteilt werden sollte. Von unionistischer Seite wird das Ende der triftigen Konferenz für nächste Woche erwartet. Es wird sogar von einer Auflösung des Parlements und von Neuwahlen gesprochen, die unter der Führung „Soll Irland im Reich verbleiben“ stattfinden würden. Anzwischen wird, so heißt es, Lord Georges Teilnahme an der Washingtoner Konferenz in Frage gestellt. (W. T. B.)